

Die Österreichische Akademie der Wissenschaften als Begegnungsstätte ost- und westdeutscher Wissenschaft im Kalten Krieg?

**Die Perspektive der Deutschen Akademie der
Wissenschaften zu Berlin in den 1960er-Jahren**

Maximilian Graf

Vorbemerkungen

Die Rolle des neutralen Österreich als Mittler zwischen Ost und West im Zeitalter des Kalten Krieges ist ebenso zutreffend wie mythologisiert. Auf der Ebene der großen Politik fungierte die Hauptstadt Wien spätestens seit dem Wiener Gipfel zwischen dem sowjetischen Ministerpräsidenten Nikita S. Chrusčev und dem amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy im Jahr 1961 als Begegnungsstätte der Supermächte.¹ Bereits zuvor war es 1957 gelungen, den Sitz der International Atomic Energy Agency (IAEA) nach Wien zu holen. Seit 1965 hat auch die Organization of the Petroleum Exporting Countries (OPEC) ihren Sitz in Wien. 1979 wurde die Bundeshauptstadt zum dritten ständigen Sitz der United Nations Organisation (UNO). Seither beherbergt die Wiener UNO-City auch die IAEA. Zudem war Österreich von 1986 bis 1989 Gastgeber des letzten Folgetreffens der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Auch die im Endeffekt erfolglosen – fast 16 Jahre dauernden – Verhandlungen über die

¹ Stefan Karner u. a. (Hg.), *Der Wiener Gipfel 1961. Kennedy-Chruschtschow*, Innsbruck/Wien/Bozen 2011.

gegenseitige Verminderung von Streitkräften und Rüstung und damit zusammenhängende Maßnahmen in Europa (MBFR) fanden in Wien statt. Der niemals ratifizierte zweite Vertrag zur nuklearen Rüstungsbegrenzung (SALT II) wurde 1979 durch US-Präsidenten Jimmy Carter und den sowjetischen Staats- und Parteichef Leonid I. Brežnev in der österreichischen Hauptstadt unterzeichnet. Darüber hinaus fanden immer wieder Treffen zwischen den sowjetischen und amerikanischen, aber auch bundesdeutschen Außenministern statt. Beispielsweise wenn diese anlässlich der Staatsvertragsjubiläen in den 5er- und 0er-Jahren dem seinerzeitigen Unterzeichnungsort eine Visite abstatteten. Zu einer deutsch-deutschen Begegnungsstätte avancierte Österreich aus naheliegenden historischen Gründen aber nicht.² Die Erforschung der Bedeutung des Standortes Wien als wissenschaftliche Begegnungsstätte zwischen Ost und West steht an ihren Anfängen. Im Folgenden wird der spezifischen Frage nachgegangen, inwieweit die Österreichische Akademie der Wissenschaften (ÖAW) nach dem Mauerbau eine Plattform für deutsch-deutsche Kontakte im Kalten Krieg bot.

Der vorliegende Aufsatz basiert auf den Berichten der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin (DAW) über ihre Kontakte zur ÖAW an die Abteilung Wissenschaften beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (ZK der SED) in den 1960er- und 1970er-Jahren.³ Über die enge Fragestel-

2 Vgl. hierzu als Einführung: Erwin A. Schmidl, Wien als internationales Zentrum, in: Michael Dippelreiter (Hg.), Wien. Die Metamorphose einer Stadt (Geschichte der österreichischen Bundesländer 6), Wien/Köln/Weimar 2013, S. 703–730.

3 In den Beständen der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch) in Berlin-Lichterfelde sind nur die Berichte ab 1963 und bis in die 1980er-Jahre erhalten. Daher kann in diesem Beitrag nur die Zeit beginnend mit dem Jahr 1963 quellengestützt bearbeitet werden. Bei den verwendeten Dokumenten handelt es sich in der Regel um die Direktiven für und die Berichte über die Teilnahme an der jährlichen Feierlichen Sitzung der ÖAW sowie um einzelne Berichte über die Betreuung von österreichischen Wissenschaftlern, die in der DDR zu Gast waren. Zur Geschichte der DAW vgl. Werner Scheler, Von der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin zur Akademie der Wissenschaften der DDR. Abriss zur Genese

lung nach der Rolle der ÖAW als deutsch-deutsche Begegnungsstätte hinausgehend, werden ausgehend von der ostdeutschen Perzeption auch die Position der ÖAW zwischen Ost und West thematisiert und die Sicht der DAW auf die Entwicklung der ÖAW als Forschungseinrichtung dargelegt. Solche Außeneinschätzungen vermögen es vielleicht, Anregungen für künftige Forschungen zur ÖAW im Kalten Krieg zu bieten. Eingangs erscheint es jedoch notwendig, kurz das Verhältnis Österreichs zur Deutschen Demokratischen Republik (DDR) zu umreißen, da dieser Kontext für ein Verständnis des Folgenden von eminenter Bedeutung ist.

Von der Wiedererrichtung der Republik 1945 bis zum Abschluss des österreichischen Staatsvertrages im Jahr 1955 war es dem besetzten Österreich nicht gestattet, diplomatische Beziehungen zu den beiden deutschen Staaten aufzunehmen. Mit der 1949 aus der Taufe gehobenen DDR war dies auch nicht angestrebt. Österreich folgte dem westdeutschen Alleinvertretungsanspruch sowie den Prämissen der Hallstein-Doktrin und erkannte den sogenannten „zweiten deutschen Staat“ bis zur Regelung des deutsch-deutschen Verhältnisses durch den Grundlagenvertrag vom Dezember 1972 nicht an. Nichtsdestotrotz wurden inoffizielle diplomatische und ab den 1960er-Jahren auch politische Kontakte etabliert. Gerade in den Bereichen Sport, Kultur und Wissenschaft war für die nach internationaler Präsenz und Anerkennung strebende DDR mit Österreich – im Vergleich zu anderen westlichen Staaten – ein intensiverer Austausch möglich. Dies hatte mehrere, vor allem aber einen entscheidenden Grund: Das neutrale Österreich vergab Visa direkt in die DDR-Pässe, wodurch der vom SED-Regime als diskriminierend angesehene Gang zum Allied Travel Office in West-Berlin erspart blieb. Dort wurden nämlich

und Transformation der Akademie, Berlin 2000, darin zum Verhältnis SED-Akademie S. 27–35 und S. 83–92; zu den deutsch-deutschen Wissenschaftsbeziehungen (mit einigen Verweisen zur ÖAW), S. 326–357; zur internationalen wissenschaftlichen Zusammenarbeit mit Fokus auf die sozialistischen Staaten (mit marginalen Erwähnungen Österreichs), S. 358–379; vgl. zudem: Jürgen Kocka (Hg.) unter Mitarbeit von Peter Nötzoldt und Peter Th. Walther, Die Berliner Akademien der Wissenschaften im geteilten Deutschland 1945–1990, Berlin 2002.

Ersatzreisedokumente für Reisen ins westliche Ausland ausgestellt beziehungsweise je nach politischer Großwetterlage eben auch nicht ausgegeben. Österreich verfuhr hier großzügiger, da in der DDR bis zu 20.000 österreichische Staatsbürger lebten, denen man bei Bedarf die Ausreise ermöglichen wollte. Dadurch etablierte sich ein zumeist jedoch nur mühsam funktionierendes „Tauschgeschäft“: Visa gegen Ausreisen. Wenn die DDR Ausreisen verweigerte, konnte Österreich mit der Verweigerung von Visa antworten. Prestigereisende des SED-Regimes mussten sich zudem bei der Beantragung des Visums in der Österreichischen Delegation Berlin, die im West-Sektor der Stadt gelegen war, dazu verpflichten, sich während ihres Aufenthalts in Österreich jedweder politischen Aussage zu enthalten. Häufig wurden die eingegangenen Verpflichtungen ignoriert und dies wirkte sich in der Regel nachteilig auf künftige Visaerteilungen aus.⁴

Die ÖAW entsandte 1950 zwei hochrangige Vertreter zur 250-Jahr-Feier der DAW.⁵ Diese Reise war ohne Kenntnis des Innenministeriums erfolgt und wurde auch von der österreichischen Diplomatie kritisch beobachtet. Dies resultierte daraus, dass man von West-Berliner Seite der Österreichischen Delegation Berlin, der staatlichen Vertretungsbehörde, den Standpunkt zur Kenntnis brachte, wonach sich die DAW unrechtmäßig in die Tradition der Preußischen Akademie der Wissenschaft stellen würde.⁶ Trotz der prinzipiellen Haltung des seit 1955 neutralen Österreich, die in-

4 Hierzu zusammenfassend: Maximilian Graf, *Austria and the GDR 1949–1972. Diplomatic and Political Contacts in the Period of Non-recognition*, in: Arnold Suppan/Maximilian Graf (Hg.), *From the Austrian Empire to Communist East Central Europe* (Europa Orientalis 10), Wien 2010, S. 151–177; ders., *Ein verdrängtes bilaterales Verhältnis: Österreich und die DDR 1949–1989/90*, in: *Zeitgeschichte* 39 (2012) 2, S. 75–97, hier S. 76–84; und ausführlich: ders., *Österreich und die DDR 1949–1990. Politik und Wirtschaft im Schatten der deutschen Teilung*, Wien 2016.

5 Vgl. hierzu ausführlich den Beitrag von Johannes Feichtinger und Heidemarie Uhl in diesem Band.

6 Vgl. hierzu die Schriftstücke in: Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA), Archiv der Republik (AdR), Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten (BKA/AA), Abteilung Kultur 1950, Deutschland Hochschulen, GZ. 125.691-Pol/50. Zu dieser Problematik vgl. Scheler 2000, S. 327–330.

ternationale wissenschaftliche Zusammenarbeit auch zwischen Ost und West nicht behindern zu wollen, erwog das österreichische Außenministerium bereits 1958 im Falle einer weiterhin anhaltenden unbefriedigenden Haltung der DDR gegenüber den österreichischen Staatsbürgern auch im Bereich der Wissenschaft gelegentliche Retorsionsmaßnahmen. Denn man ging davon aus, dass es sich bei dem „[m]assenhafte[n] Einströmen ostdeutscher Wissenschaftler nach Österreich [...] um eine grossangelegte Aktion handelt, die dazu bestimmt sei, die DDR auf dem Boden des neutralen Österreich vom allgemeinen wissenschaftlichen Boykott zu befreien“. ⁷ Es scheint auch tatsächlich zu einigen Visaverweigerungen gekommen zu sein. So wurde im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR (MfAA) vermerkt: „Allerdings wurden DDR-Wissenschaftler in diesem Jahr unter Bonner Druck in mehreren Fällen diskriminierend behandelt.“⁸ Davon waren auch Gäste der ÖAW betroffen. Der ÖAW-Präsident Richard Meister, dem viel an der Zusammenarbeit der deutschsprachigen Akademien lag, wandte sich daher im September 1958 mit einem Schreiben an die Sektion IV des Bundeskanzleramtes. In diesem beklagte er die nunmehrige Haltung des Ballhausplatzes, dass auch „angesehene Gelehrte aus der Ostzone“ keine Visa erhalten sollten. Meister machte „schwerwiegende Bedenken“ gegen eine generelle Visumsperre geltend und wies auf mögliche zu erwartende Rückwirkungen für den Tagungsstandort Wien hin.⁹ Daraufhin wurden dem Generalsekretär der ÖAW, Josef Keil, bei seiner diesbezüglichen Vorsprache am Ballhausplatz Anfang Ok-

7 Amtsvermerk, Gegenstand: Massenhaftes Einströmen ostdeutscher Wissenschaftler nach Österreich; Visaansuchen, Wien, 14.8.1958, ÖStA, AdR, BKA/AA, Sektion II-Pol (II-Pol) 1958, Deutschland-Ost 9, Gr.Zl. 549.905-Pol/58, GZ. 553.033-Pol/58, Karton 484.

8 Siehe die von Außenminister Lothar Bolz angeforderte Ausarbeitung: Österreich, Berlin, 4.11.1958, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PA/AA), Berlin, Bestand Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR (MfAA), A 12824, Bl. 60–63, für das wörtliche Zitat Bl. 62.

9 Richard Meister an die Sektion IV des Bundeskanzleramtes, Abteilung RA, Wien, 17.9.1958, ÖStA, AdR, BKA/AA, Abteilung Kultur 1958, Deutschland-Ost Reisen, GZ. 628.985-Pol/58, Karton 151.

tober 1958 die Bedenken des Außenamtes dargelegt. Keil bestätigte in diesem Rahmen, „dass die Ostdeutsche Akademie der Wissenschaften vielfach die Wissenschaft zu politischen Zwecken missbraucht und auch eine weitgehende Propaganda für das DDR-Regime entfaltet“.¹⁰ Daher zeigte er auch Verständnis dafür, „dass man diejenigen Funktionäre, die sich für politische Zwecke missbrauchen lassen, aus Retorsionsgründen nicht einreisen lässt“, jedoch ersuchte er, bei all jenen, die nur zu wissenschaftlichen Zwecken nach Österreich reisten, „von Retorsionsmassnahmen“ abzusehen.¹¹ Die Intervention dürfte – unter Vorbehalt der künftigen Einhaltung der schriftlichen Zusagen – Wirkung gezeigt haben. Anfang Dezember 1958 hielt die kulturpolitische Abteilung der für Auswärtige Angelegenheiten zuständigen Sektion des Bundeskanzleramtes fest: „Die Abteilung Kult hat nichts gegen die Erteilung von Einreisebewilligungen an Wissenschaftler aus der DDR einzuwenden, falls Gewähr besteht, daß ihre Reise in keiner Weise für politische Propaganda benützt wird.“¹² In den 1960er-Jahren dürften keine von der ÖAW eingeladenen Wissenschaftler von Retorsionsmaßnahmen betroffen gewesen sein, andernfalls hätte dies mit Sicherheit in den DDR-Akten Niederschlag gefunden.

Seitens der Partei- und Staatsführung der DDR wurde die Präsenz im Ausland – und dazu gehörte auch das Auftreten von Wissenschaftlern der DDR – als Teil ihrer Anerkennungsbestrebungen gesehen. Diese Auftritte sollten dazu beitragen, das Image der DDR im Ausland zu erhöhen und Stimmung für die Anerkennung des ostdeutschen Staates zu machen.¹³ Inwieweit sich die mit

10 Amtsvermerk, Gegenstand: Visaerteilung an Wissenschaftler aus der DDR, Wien, 3.12.1958, ÖStA, AdR, BKA/AA, Abteilung Kultur 1958, Deutschland-Ost Reisen, Gr.Zl. 632.805-Kult/58, GZ. 643.270-Kult/58, Karton 151.

11 Ebd.

12 Einsichtsbemerkung, Wien, 5.11.1958, zu Amtsvermerk, Gegenstand: Visaerteilung an Wissenschaftler aus der DDR, Wien, 3. Dezember 1958, ÖStA, AdR, BKA/AA, Abteilung Kultur 1958, Deutschland-Ost Reisen, Gr.Zl. 632.805-Kult/58, GZ. 643.270-Kult/58, Karton 151.

13 Zu den Zielen der DDR-Außenpolitik in der Zeit der Nichtanerkennung vgl. Ingrid Muth, Die DDR-Außenpolitik 1949–1972. Inhalte, Strukturen, Mecha-

Bewilligung der Partei ins Ausland reisenden Wissenschaftler dieser Aufgabe auch tatsächlich verpflichtet fühlten, kann aufgrund der verfügbaren Quellen nicht beantwortet werden. In den Berichten an die Abteilung Wissenschaften des ZK der SED wurde dieses Ziel und der dazu geleistete Beitrag natürlich stets herausgestrichen.¹⁴ Derartige Berichte wurden aber immer den Erwartungen des Empfängers entsprechend formuliert. Dies ist bei ihrer Heranziehung als Quelle zu beachten. Zudem wussten die anderen Delegationsteilnehmer nicht, was der Verfasser der Berichte über seine Kollegen ausführen würde. Immer wieder finden sich in diesen unvoreilhaftes Einschätzungen zum Auftreten einiger DDR-Vertreter im Westen. Ein großer Vorteil dieser nur einmal jährlich im Gefolge der Delegationsreisen zur Feierlichen Sitzung der ÖAW erstatteten Berichte ist, dass sie stets auf die vorhergehenden Entwicklungen – in der Regel des letzten Jahres – Bezug nehmen und somit einen recht vollständigen Überblick zu geben vermögen.

nismen, Berlin ²2001; zur Rolle der „gesellschaftlichen“ Organisationen, wenn auch ohne Bezugnahme auf die Wissenschaft: Hermann Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen. Die DDR im internationalen System 1949–1989, München 2007, S. 206–210.

- 14 Exemplarisch für die Zeit vor der Ankerkennung und jedenfalls als Überschätzung zu werten, denn hier wurde die zunehmende Anerkennung der DDR als Staat mit Sympathie für diesen verwechselt: „Die DDR erfreut sich in Österreich zunehmender Achtung bei größeren Kreisen der österreichischen Bevölkerung.“ Als Gründe hierfür wurden 1.) „Die wirtschaftliche und wissenschaftliche Leistungsfähigkeit der DDR [...]“, 2.) „Die politische Beharrlichkeit der DDR, mit der sie eine Sicherung des Friedens in Europa vertritt und die Konsequenz, mit der sie der Alleinvertretungsanmaßung der BRD begegnet“, 3.) „Die Leistungsfähigkeit des Sports in der DDR, der ihr große Sympathie und Anerkennung eingebracht hat und einbringt“, sowie 4.) „Das Auftreten von Künstlern aus der DDR, vor allem an der Wiener Oper, die sich großer Beliebtheit erfreuen“, genannt. Insbesondere Punkt 2 ist dem Wunschenken zuzuordnen. Wenn überhaupt, dann wurde die DDR im Frühjahr 1970 als hemmender Faktor in der von Bundeskanzler Willy Brandt forcierten deutsch-deutschen Annäherung wahrgenommen. Reisebericht über die Teilnahme einer Delegation der DAW an der Feierlichen Sitzung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften in Wien in der Zeit vom 25.–31. Mai 1970, gezeichnet AkM Hans Frühauf und Prof. Dr. R. Walther, Berlin, 28.6.1970, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/327. (Aktenbestand ohne Paginierung).

Die ÖAW als Begegnungsstätte ost- und westdeutscher Wissenschaft in den 1960er-Jahren?

Beginnend im Jahr 1956 fanden jährliche institutionalisierte Treffen der Präsidenten der deutschsprachigen Akademien statt. Dass diese aufgrund der deutschen Teilung und der diametral gegensätzlichen ideologischen Ausrichtung der Teilnehmer mitunter recht konflikträchtig verliefen, verwundert kaum. Mit diesen Arbeitsbesprechungen der Präsidenten knüpfte man trotz der nun eindeutigen Ausrichtung der ÖAW auf Österreich an die aus dem 19. Jahrhundert stammenden Traditionen des Kartells der Akademien in Wien, Leipzig, München, Göttingen, Berlin und Heidelberg an. Zudem versuchte die ÖAW, die deutsche Sprache innerhalb der Union Académique Internationale (UAI) zu stärken, und Präsident Meister tat sich als Vermittler zwischen den deutschen Akademien aus Ost und West hervor. Dies wurde auch als das Fortwirken der Idee einer „völkisch-gesamtdeutschen Wissenschaft“ in der ÖAW nach 1945 gewertet.¹⁵ Wenig überraschend stellt das Jahr des Mauerbaus 1961 eine Zäsur in den deutsch-deutschen Wissenschaftsbeziehungen dar. Es kam endgültig zu einem „Bruch“: Von einer gesamtdeutschen Gelehrtenengesellschaft im Rahmen der Akademien kann fortan nicht mehr gesprochen werden. Bei einer gemeinsamen Beratung mit der ÖAW in Wien 1962 wurden keine „Ansätze für ein weiteres offizielles Zusammenwirken“ gefunden. An diesem „Bruch“ änderten auch die Begegnungen 1963 in Wien nichts.¹⁶

Der DDR ging es nun auch immer mehr um ihre staatliche Anerkennung. Eine Begegnungsstätte blieb Wien aber dennoch. Das

15 Ausführlich dazu auf Basis der Akten der ÖAW: Andreas Wöckinger, Die Akademie der Wissenschaften im Kartell der deutschsprachigen Akademien, phil. Diplomarbeit, Wien 2010, S. 90, für das wörtliche Zitat S. 131. Über die Zusammenarbeit 1945–1956 lassen sich nach derzeitigem Kenntnisstand aufgrund der spärlichen Quellenlage keine fundierten Aussagen treffen, vgl. ebd., S. 67. Für Kurzcharakterisierungen der an den Besprechungen beteiligten Präsidenten vgl. ebd., S. 71–79. Vgl. weiters den Beitrag von Johannes Feichtinger und Heidemarie Uhl in diesem Band.

16 Scheler 2000, S. 334–338.

Jahr 1963 scheint nicht nur aufgrund der diesem Beitrag zur Verfügung stehenden Quellen als Einstieg optimal geeignet, denn in diesem Jahr fand im Anschluss an die Feierliche Jahressitzung der ÖAW auch das Treffen der Union Académique Internationale (UAI) in Wien statt. Dem wurde seitens der DAW große Bedeutung beigemessen, da man aufgrund der Restriktionen des Allied Travel Office an der Sitzung des Jahres 1962 – der ersten nach dem Mauerbau 1961 – in Brüssel nicht hatte teilnehmen können. Aus der DDR waren der Präsident der DAW, der Altphilologe und -historiker Werner Hartke, und auch der Präsident der Sächsischen Akademie der Wissenschaften, der Germanist Theodor Frings, nach Wien eingeladen worden. Bereits die Direktive für die Reise nach Wien hielt fest, dass man mit der ÖAW „durch jahrzehntelange Traditionen eng verbunden“ sei. Dies galt sowohl für die persönlichen Kontakte unter den Wissenschaftlern als auch für gemeinsame Unternehmungen. Als Beispiel hierfür wurde die *Deutsche Literaturzeitung für Kritik der internationalen Wissenschaft* angeführt. Die Formulierung „jahrzehntelange Traditionen“ macht deutlich, dass diese Beziehungen in vielen Fällen auch über die Brüche und Zäsuren der Jahre 1938 und 1945 sowie 1949 hinweg bestanden haben. Eingehendere Forschungen hierzu scheinen hochgradig wünschenswert. Als Teil der Anerkennungsbestrebungen der DDR ist es zu werten, dass man bei der Weiterentwicklung der Beziehungen zur ÖAW das Ziel verfolgte, mit der ÖAW „in absehbarer Zeit“ zu einem Übereinkommen über die wissenschaftliche Zusammenarbeit zu gelangen.¹⁷ Auf die Frage des Akademieabkommens wird am Ende des Beitrags näher eingegangen.

Im Vorfeld der Reise zur Feierlichen Sitzung 1963 wurde festgehalten: Die ÖAW „hat in den vergangenen Jahren versucht, in Streitigkeiten“ mit den westdeutschen Akademien der Wissenschaften „eine positive Vermittlerrolle zu spielen“. Der Schwer-

17 Schreiben des Generalsekretärs der DAW Prof. Dr. Günther Rienäcker an den Minister des Innern der DDR, Karl Maron (zugeleitet durch den Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Alexander Abusch), Berlin, 19.4.1963, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/327.

punkt der Wien-Reise des Jahres 1963 lag aber auf der Teilnahme an der Sitzung der UAI. Ziel der DDR war es, künftige Treffen nur in Ländern stattfinden zu lassen, welche die DDR-Pässe akzeptierten.¹⁸ Westliche Wissenschaftler sagten zu, sich dafür zu verwenden und in ihren Ländern darauf zu drängen, dass es künftig keine Visaverweigerungen für DDR-Wissenschaftler mehr geben würde. Im Rahmen der UAI jedenfalls waren die Vertreter der DDR und der Bundesrepublik Deutschland jeweils als Delegierte für „Ost- bzw. Westdeutschland“ unter der gemeinsamen „Etiquette Allemagne“ vertreten. Für die DDR-Vertreter stand trotzdem fest: „Es bestätigt sich also erneut, daß in Westdeutschland und im kapitalistischen Ausland die Tatsache der Existenz zweier deutscher Staaten als Basis der Zusammenarbeit de facto anerkannt ist und praktisch dementsprechend verfahren wird.“¹⁹

Dies änderte aber nichts an der fehlenden staatlichen Anerkennung der DDR und der Notwendigkeit, bis zu einem gewissen Grad innerhalb der deutschsprachigen Wissenschaft über die Blockgrenzen hinweg zu kooperieren. Und hier blieb Wien offenbar ein bevorzugter Standort. Die in den Berichten stets erwähnten gemeinsamen Unternehmungen waren die bereits erwähnte und seit den 1950er-Jahren in den Präsidentenberatungen (mit Blick auf die ideologische Ausrichtung) stets intensiv diskutierte *Deutsche Literaturzeitung* sowie die Zeitschrift *Forschungen und Fortschritte. Nachrichtenblatt der deutschen Wissenschaft und Technik*, an der Deutsche in Ost und West sowie natürlich auch Österreicher mitarbeiteten.²⁰ Da an den Feierlichen Sitzungen der ÖAW neben einem Vertreter der DAW auch die „Präsidenten der

18 Ebd.

19 Bericht über eine Reise zur Jahreshauptversammlung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und zur Assemblée Générale der Union Académique Internationale in Wien vom 10. bis 20. Juni 1963, gezeichnet Präsident Prof. Dr. Werner Hartke, Berlin, 11.8.1963, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/327.

20 Zur Zusammenarbeit der deutschsprachigen Akademien im Rahmen der Herausgabe der „Deutschen Inschriften des Mittelalters“ und der beiden erwähnten Zeitschriften bis 1964 auf Basis der Akten der ÖAW ausführlich: Wöckinger 2010, S. 90–121.

vier westdeutschen Akademien der Wissenschaften (Göttingen, Heidelberg, Mainz und München) sowie der Präsident der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig“ teilnahmen, hielt man im Jahr 1964 in der Begründung für die Notwendigkeit der Entsendung der DDR-Vertreter fest: „Die Erfahrungen der vergangenen Jahre haben gezeigt, daß die Jahressitzung“ der ÖAW „eine hervorragende Gelegenheit ist, die Beziehungen unserer Akademie zu den westdeutschen Akademien“ und der ÖAW „zu verstärken und im Sinne unseres Statuts den nationalen Verpflichtungen der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin nachzukommen. Darüber hinaus erlaubt die Zusammenkunft der hervorragenden Gelehrten, in persönlichen Gesprächen viele Fragen der Politik unserer Regierung zu erläutern.“ 1964 wurden am Rande der Feierlichen Sitzung der ÖAW „zwischen den an der ‚Deutschen Literaturzeitung‘ beteiligten Akademien der Wissenschaften (Berlin, Göttingen, Heidelberg, Mainz, München und Wien) die Fragen der weiteren Gestaltung der ‚Deutschen Literaturzeitung‘“ ausführlich besprochen. Es ging vor allem um die künftige Aufteilung der Rezensionen und um das Bestreben, die *Deutsche Literaturzeitung* zu einem „Organ des wissenschaftlichen Meinungsstreites“ zu machen. Dazu sollte aus Sicht der DAW beispielsweise beitragen, dass in „Einzelfällen“ ein und dasselbe Werk jeweils von einem Wissenschaftler aus Ost und West rezensiert werden könnte.²¹ Auch Preis- und Absatzfragen standen zur Debatte. Es dürfte sich um einen der letzten Versuche gehandelt haben, die *Deutsche Literaturzeitung* als tatsächlich gemeinsames Unternehmen weiterzuführen.²² Neben der fachlichen Diskussion mussten sich die DDR-Vertreter auch „Klagen und Kritiken“ betreffend den DDR-Umgang mit dem dissidenten Chemiker Robert Havemann gefallen lassen. Diese wurden von Frings „brüsk ablehnend“ zurückgewiesen. Jede Veränderung des „Status von Havemann“ wurde

21 Schreiben des Generalsekretärs der DAW, Prof. Dr. Günther Rienäcker, an MdI Friedrich Dickel (erneut zugeleitet durch Abusch), Berlin, 14.5.1964, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/327.

22 Spätestens ab 1971 wurde diese ausschließlich von der DAW herausgegeben. Vgl. Wöckinger 2010, S. 121.

abgelehnt.²³ Dieser war im März 1964 aus der SED ausgeschlossen worden und hatte seinen Lehrauftrag an der Humboldt-Universität verloren. Die Entwicklungen der Jahre 1964/65 bedeuteten für ihn Berufs- und Publikationsverbot. Aus der DAW wurde er erst 1966 ausgeschlossen.²⁴

Mit dem Jahr 1964 endeten die Arbeitstreffen der Vertreter der deutschsprachigen Akademien. Ihre Fortsetzung über die Zäsur des Mauerbaus hinweg dürfte primär dem Bemühen der ÖAW geschuldet gewesen sein und mit dem Ausscheiden Meisters aus dem ÖAW-Präsidium 1963 fiel eine integrative Klammer weg.²⁵ Der Wegfall der institutionalisierten Treffen bedeute aber kein Ende der Kontakte in Wien und schon gar nicht den Abbruch der Beziehungen zur DAW. In den 1960er-Jahren gelang es der DAW immer wieder, Wissenschaftler und hochrangige Vertreter der ÖAW in die DDR einzuladen. Die Berichte über diese Gastaufenthalte sind stets sehr positiv und im Sinne des Empfängers gehalten. So wurde regelmäßig festgehalten, dass die Gäste „gegenüber der DDR eine durchaus loyale Haltung einnehmen“ und natürlich auch, dass der jeweilige Besuch eine positive Wirkung auf das DDR-Bild in dessen Herkunftsland haben würde. Hier war der Wunsch oft Vater des Gedankens. Das Ansinnen wiederzukommen und die Verhinderung eines geplanten West-Berlin-Besuchs wurden als Erfolge gewertet. Ein geregelter Wissenschaftlertausch benötigte aber ein entsprechendes Abkommen, das zu dieser Zeit noch nicht in Reichweite war. Darüber hinaus haben die Berichte über Gastaufenthalte, wenn sie auf die Gespräche der österreichischen Gäste mit ihren Kollegen in der DDR eingehen, mitunter auch denunziatorischen Charakter. 1965 hatte der mit eindeutiger

23 Bericht über die Besprechung der Präsidenten der deutschen und der österreichischen Akademien der Wissenschaften in Wien am 3. Juni 1964, Akademiegebäude, 16.30 Uhr, gezeichnet Prof. Dr. Werner Hartke, Berlin, Vertrauliche Dienstsache!, 22.6.1964, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/327.

24 Vgl. Silvia Müller/Bernd Florath (Hg.), *Die Entlassung. Robert Havemann und die Akademie der Wissenschaften 1965/66. Eine Dokumentation*, Berlin 1996; zum weiteren Schicksal von Havemann vgl. auch: Clemens Vollnhals, *Der Fall Havemann. Ein Lehrstück politischer Justiz*, Berlin 2000.

25 Vgl. Wöckinger 2010, S. 127.

NS-Vergangenheit ausgestattete Botaniker Fritz Knoll, von 1959 bis 1964 Generalsekretär der ÖAW,²⁶ an der Jahresversammlung der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina teilgenommen. Im Zuge seines DDR-Aufenthalts besuchte er auch ein Institut der DAW. Dazu bemerkte sein Reisebetreuer „außerhalb des Berichts“, dass es „dort eine Konzentration von ehemaligen ‚alten Königsbergern‘ bzw. Wissenschaftlern, die langjährig in Königsberg tätig waren“, gebe.²⁷ Diesen attestierte er „eine mich etwas erstaunende ideologische Position“: „Besonders auf dem Empfang in Gatersleben wurde natürlich auch über alte Erinnerungen gesprochen. Jedoch geschah das in einer Weise, die erkennen ließ, daß diese Menschen noch stark im Alten leben und zu unserer heutigen Politik hinsichtlich der Oder-Neiße-Grenze kein richtiges Verständnis gewonnen haben. [...] Ich selbst habe bei anderer Gelegenheit später ihm und seiner Gattin unseren Standpunkt in der Frage der Oder-Neiße-Grenze erklärt.“²⁸ Knoll enthielt sich einer Stellungnahme zur Frage der deutschen Ostgrenze.

Die DAW legte auch im weiteren Verlauf der 1960er-Jahre „aus sachlichen und politischen Gründen“²⁹ großen Wert auf ihre Präsenz bei den Feierlichen Sitzungen der ÖAW. Dass die Hotelrechnungen (auch bei Aufenthalten, die über die Sitzungstermine hinausgingen) seitens der ÖAW beglichen wurden, vermerkten die ostdeutschen Berichte stets mit (pflichtschuldigem) großen Erstaunen.³⁰

26 Zu Knoll vgl. Johannes Feichtinger/Herbert Matis/Stefan Sienell/Heidemarie Uhl (Hg.), *Die Akademie der Wissenschaften in Wien 1938 bis 1945*, Wien 2013, die von Silke Fengler verfasste Kurzbiografie, S. 226f.

27 Bericht über die Betreuung von Prof. Dr. Knoll und Gattin, Wien, die als Gäste des Präsidenten der Deutschen Akademie der Wissenschaften in der DDR weilten, gezeichnet Dr. Werner Richter, Berlin, 1.11.1965, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/327.

28 Ebd.

29 Bericht über meine Teilnahme an der Jahressitzung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften in Wien vom 26.–30. Mai 1966, gezeichnet Prof. Dr. Dr. h.c. Dr. h.c. Leo Stern, Halle an der Saale, 14.6.1966, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/327.

30 Exemplarisch hierfür: „Als ich am Ende meines Aufenthaltes in Wien die Hotelrechnung begleichen wollte, weigerte sich die Hotelleitung auf Geheiß des Prä-

Wie bereits angedeutet beeinflussten deutschlandpolitische Konjunkturen die Zusammenkünfte in Wien. Ende 1966 wurde in der Bundesrepublik eine große Koalition, bestehend aus Christlich-Demokratischer Union (CDU) mit ihrem Fraktionspartner Christlich-Sozialer Union (CSU) und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) gebildet. Bundeskanzler wurde Kurt Georg Kiesinger (CDU), Außenminister und Vizekanzler Willy Brandt (SPD). Zudem gehörte dem neuen Kabinett der im Osten (zu diesem Zeitpunkt noch) besonders verhasste Franz-Josef Strauß (CSU) als Finanzminister an. Die neue Regierung signalisierte von Anfang an ihre Dialogbereitschaft mit dem Osten, lehnte jedoch weiterhin jedwede Anerkennung der DDR ab. Die von ihr verfolgte Politik wurde als „neue Ostpolitik“ bekannt. Bis zu einer echten Normalisierung des Verhältnisses der beiden deutschen Staaten, das für die Bundesrepublik immer ein „innerdeutsches“ blieb, sollten noch einige Jahre vergehen. In Ost-Berlin setzte man daher zunächst weiter auf Abgrenzung. Die ablehnende Haltung der DDR-Führung gegen die Ostpolitik der Regierung Kiesinger/Brandt³¹ wirkte sich auch auf die Wissenschaftskontakte aus. 1967 wurde in der Direktive für die DAW-Delegation festgehalten: Sollte von Seiten der ÖAW „im zeitlichen Zusammenhang mit ihrer Jahressitzung ein Treffen der Präsidenten der ‚deutschsprachigen Akademien‘ arrangiert werden, ist Herrn Präsident [Erich] Schmid mitzuteilen, daß gegenwärtig eine Beteiligung der Vertreter von DDR-Akademien an einem solchen Treffen nicht opportun sei. Die westdeutschen Akademien sind in die Politik der westdeutschen Regierung unter Kiesinger und Strauß einbezogen. Diese Politik wird unter dem Deckmantel einer sogenannten neuen Ostpolitik durch einen verschärften revanchistischen und expansionisti-

sidenten Schmid von mir das Geld anzunehmen. Ich hatte geradezu Mühe mit Hilfe von Dr. Oberhammer durchzusetzen, daß ich wenigstens für die Zeit, die ich nach Pfingsten in Wien verbrachte, selbst bezahlen konnte.“ Ebd.

- 31 Zur Deutschlandpolitik der Großen Koalition vgl. zusammenfassend: Heinrich Potthoff, *Im Schatten der Mauer. Deutschlandpolitik 1961–1990*, München 1999, S. 55–72. Zur Position der DDR: Mary E. Sarotte, *Dealing with the Devil. East Germany, Détente, and Ostpolitik, 1969–1973*, Chapel Hill 2001, zur ablehnenden Haltung Anfang 1967 insbesondere S. 13.

schen Kurs gegenüber der DDR gekennzeichnet. Kiesinger hat [...] erklärt, für ihn komme weder eine Anerkennung der DDR noch der Oder-Neiße-Grenze in Frage. Die westdeutsche Regierung wolle den Status quo überwinden. [...] Die DDR-Vertreter haben zu erläutern, daß angesichts der von westdeutschen Vertretern betriebenen Politik eine gemeinsame Aussprache führender Wissenschaftler aus beiden deutschen Staaten am Kern der Gegenwartsproblematik vorbeiführen würde. Ehe nicht in Westdeutschland eine Veränderung der Regierungspolitik gegenüber der DDR im positiven Sinne erreicht wird, ist jedem fruchtbaren Gespräch [...] der Boden entzogen.“³²

Darüber hinaus waren die Delegierten beauftragt, ihren Gesprächspartnern die Haltung des ostdeutschen Staats- und Parteichefs Walter Ulbricht „zur Lage in Deutschland“ zu erläutern.³³ Ein Bericht über die Wien-Reise des Jahres 1967 ist leider nicht überliefert. Zu dieser Zeit wurde aber in einer DAW-internen Analyse rückblickend festgehalten, dass die ÖAW „ihre bisherige vermittelnde Rolle“ aufgegeben habe.³⁴ Die nunmehrige Haltung der DDR war zudem der auch im Wissenschaftsbereich immer stärker auf Abgrenzung und vor allem Eigenstaatlichkeit ausgerichteten Politik der SED geschuldet.³⁵ Wie sehr die Wissenschaftskontakte im Jahr 1967 beschränkt waren, zeigt sich auch im Bericht aus dem Jahr 1968. So waren beispielsweise westdeutsche Vertreter vom Leibniz-Tag der DAW 1967 eingeladen worden, andere wiederum hatten ihre Teilnahme abgesagt, da sie erwarteten, dort „mit politischen Angriffen auf Westdeutschland konfrontiert“ zu werden.

Nun trachtete man in Wien die Wogen zu glätten und künftige Teilnahmen wieder zu ermöglichen. Trotzdem wandte man sich

32 Direktive für die Teilnahme an der Feierlichen Jahressitzung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften vom 18.–20. Mai 1967 in Wien, Berlin, 11.5.1967, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/327.

33 Ebd.

34 Scheler 2000, S. 338.

35 Jürgen Kocka/Peter Nötzoldt/Peter Th. Walther, Die Berliner Akademien der Wissenschaften 1945–1990, in: Kocka (Hg.) 2002, S. 429.

mit aller Vehemenz gegen eine westdeutsche „Politik der Stärke“. Und auch die nächsten Schritte auf dem Weg zur Anerkennung der DDR als eigenständiger Staat – zumindest im Wissenschaftsbereich – wurden den westdeutschen Kollegen in Wien kundgetan: So wurden die westdeutschen Akademiepräsidenten im Rahmen der Feierlichen Sitzung der ÖAW „über den Schritt der DAW bei der [...] UAI [...] mit dem Ziel, eine selbständige Mitgliedschaft der DDR-Akademien auf der Tagung in Bukarest 1968 zu erreichen“, informiert, was die bundesdeutschen Akademie-Repräsentanten „bedauernd als ‚politischen Akt‘ zur Kenntnis“ nahmen. Zudem wurde nun endgültig klar, dass in einigen Bereichen eine Zusammenarbeit zwischen Ost und West kaum mehr vorstellbar war: Seitens der DDR wurde dem Präsidenten der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, dem Mathematiker Robert Sauer, erklärt, „daß [die] von ihm vorgeschlagene Zusammenarbeit bei der in München bearbeiteten Neuen Deutschen Biographie unreal ist, weil wir ganz andere Biographien schreiben als der Westen“. Über die wechselseitige Archivnutzung sollte auf Basis der Gegenseitigkeit entschieden werden. Einigkeit gab es in der Frage der nur äußerst langsam vorankommenden Herausgabe eines *Goethe-Wörterbuches*. Hier herrschte Konsens, dass es einer Neukonzeption bedurfte.³⁶

Die deutschsprachigen Akademien und „1968“

Grundsätzlich dominierten im Jahr 1968 aber ganz andere Themen, die hier nicht ausgespart werden sollen. Die bundesdeutschen Kollegen informierten – ganz im Geiste ihrer zeitgenössischen Wahrnehmung – über die Lage an den westdeutschen Universitäten, wo mutatis mutandis eine Minderheit Radau schlug und die Mehrheit sich zum Unverständnis der Professoren nicht dagegen zur Wehr setzte. Zu Österreich wurde in diesem Zusam-

36 Bericht über eine Reise zur Jahresversammlung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften in Wien vom 15.–19. Mai 1968, gezeichnet Prof. Dr. Werner Hartke, Berlin, 22.5.1968, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/327.

menhang vermerkt: „Bisher keine Unruhe auf den Hochschulen, aber befürchtet.“³⁷ Das für Österreich, aber auch für die DDR viel bedeutendere Thema war jedoch der „Prager Frühling“. Während Österreich diesen mit Sympathie verfolgte,³⁸ trat die ostdeutsche Staats- und Parteiführung vehement für dessen Beendigung ein.³⁹ Der DAW-Delegationsbericht hielt zur Tschechoslowakei pflichtschuldig fest: „Bei Durchfahrten keine besonderen Vorkommnisse und Beobachtungen (außer auffallend intensivem Kirchenbesuch aller Altersgruppen). In Österreich ziemlich sensationshungrige Nachfragen, verstärkte Absichten, Prag zu besuchen.“⁴⁰

1968 brachte aber – um nun in den östlichen Dimensionen des Jahres zu bleiben – nicht nur den „Prager Frühling“, sondern auch den „polnischen März“ mit sich. Bereits im Jahr 1967 hatte das polnische Regime eine härtere Gangart gegen Intellektuelle einge-

37 „Unruhen mehr karnevalistisch als ernst, Sache einer allerdings qualifizierten Minderheit (Beispiele Göttingen und München), aber fragwürdige Tatsache, daß die Mehrheit gegen diese Minderheit nicht aktiv wird.“ Bericht über eine Reise zur Jahresversammlung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften in Wien vom 15.–19. Mai 1968, gezeichnet Prof. Dr. Werner Hartke, Berlin, 22.5.1968, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/327.

38 Reiner Eger, Krisen an Österreichs Grenzen. Das Verhalten Österreichs während des Ungarnaufstandes 1956 und der tschechoslowakischen Krise 1968. Ein Vergleich, Wien 1981; Maximilian Graf, Internationale Reaktionen auf die Intervention der Warschauer-Pakt-Staaten in der ČSSR 1968, phil. Diplomarbeit, Wien 2008, S. 142–153.

39 Vgl. hierzu: Lutz Prieß/Václav Kural/Manfred Wilke, Die SED und der „Prager Frühling“ 1968. Politik gegen einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“, Berlin 1996; Rüdiger Wenzke, Die NVA und der Prager Frühling. Die Rolle Ulbrichts und der DDR-Streitkräfte bei der Niederschlagung der tschechoslowakischen Reformbewegung, Berlin 1995; zur Haltung Ulbrichts besonders eindrucksvoll: Jan Pauer, Prag 1968. Der Einmarsch des Warschauer Paktes. Hintergründe – Planung – Durchführung, Bremen 1995; zur DDR 1968 vgl. Stefan Wolle, Der Traum von der Revolte. Die DDR 1968, Berlin 2008; für eine kurze Zusammenfassung mit Blick auf die gesamten 1960er-Jahre vgl. Maximilian Graf, Die Entwicklungen in der Tschechoslowakei in den 1960er Jahren aus Sicht der DDR, in: Florentine Kastner u. a. (Hg.), „Prager Frühling“ und „Ära Kreisky“. Zwischen Reformwillen und Reformverwirklichung. Untersuchungen zu den europäischen Nachbarn Tschechoslowakei und Österreich (Iuvenilia Territoria II), Prag 2009, S. 19–40.

40 Bericht über eine Reise zur Jahresversammlung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften in Wien vom 15.–19. Mai 1968, gezeichnet Prof. Dr. Werner Hartke, Berlin, 22.5.1968, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/327.

schlagen und im Zusammenhang mit dem Sechstagekrieg 1967, aufgrund dessen Polen die diplomatischen Beziehungen zu Israel abbrach, trat mit dem virulenten Antisemitismus ein „latentes Problem“ der Volksrepublik erneut offen zu Tage. Die Führung der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei machte den Kampf gegen den „Zionismus“ zum festen Bestandteil ihrer Propaganda. Das Misstrauen gegen die nur einen marginalen Anteil von 0,1 Prozent der Bevölkerung ausmachenden jüdischen Bürgerinnen und Bürger wurde konsequent geschürt. Die Absetzung des klassischen, aus dem 19. Jahrhundert stammenden Theaterstücks *Dziady* von Adam Mickiewicz, dessen Aufführung im Jänner 1968 Anlass zu antirussischen Beifallskundgebungen gab, zog massive Studentenproteste nach sich, die im März eskalierten und brutal niedergeschlagen wurden. Für die Unruhen wurden „zionistische Verschwörer“ verantwortlich gemacht und es wurde eine massive „Säuberungswelle“ gegen jüdische Bürger Polens in Gang gesetzt. Viele Tausende verloren ihre Jobs, bis Herbst 1968 hatten 13.000 polnische Jüdinnen und Juden das Land verlassen. Der intellektuelle Aderlass war enorm.⁴¹

Der Schweizer Schriftsteller Friedrich Dürrenmatt, der 1968 für sein 1956 im Züricher Schauspielhaus uraufgeführtes Werk *Der Besuch der alten Dame* mit dem Grillparzer-Preis der ÖAW ausgezeichnet wurde (das Stück *Die Physiker* soll der Gelehrtengeellschaft zu wissenschaftskritisch gewesen sein), sorgte mit seinen Aussagen zu Polen für Konfliktstoff. Der DDR-Bericht vermerkte „heftige Diskussion“ über dessen für die DDR-Repräsentanten „befremdliche Ansicht“: „Er besuche Polen wegen Antisemitismus und Antiintellektualismus nicht mehr. [Er] [s]ieht darin [einen] Trick dortiger Regierung unter den im wesentlichen nicht sozialistischen, sondern kleinbürgerlich polnischen Verhältnissen, [...] wie früher, bei Schwierigkeiten den Juden als Schuldigen [zu] proklamieren – und die Intelligenz dazu, weil sie in Polen

41 Włodzimierz Borodziej, *Geschichte Polens im 20. Jahrhundert*, München 2010, S. 312–315.

weitgehend mit Judentum identisch [ist].“⁴² Im Gegensatz zu Dürrenmatts Position vermerkte der DAW-Bericht jedoch erfreut, dass die ÖAW „auf Wunsch der Polnischen Akademie“ den Vertrag über die Zusammenarbeit „wesentlich erweitern“ werde.⁴³ Die ÖAW und das östliche wie auch das westliche „1968“ scheinen jedenfalls ein lohnenswertes künftiges Forschungsgebiet darzustellen.

1969 schrieb der DAW-Bericht an die ZK-Abteilung der SED über die Teilnahme an der Feierlichen Sitzung der ÖAW: „Kontakte mit westdeutschen Akademien fanden statt, die Westdeutschen waren aber zurückhaltend; das Interesse der westdeutschen Akademien an dem Zusammentreffen in Wien als einem Treffen der Akademien des deutschsprachigen Raumes ist merklich abgekühlt.“ Nur München und Mainz hatten ihre Akademiepräsidenten nach Wien entsandt und über „gemeinsame‘ Unternehmungen“ wurde kaum gesprochen. Auch die Österreicher hatten in dieser Hinsicht keinerlei Akzente gesetzt. Das oben erwähnte *Goethe-Wörterbuch* wurde nunmehr von Seiten der DDR als „für uns ökonomisch sehr wenig lukrativ“ bezeichnet und auch sein „wissenschaftlicher Wert“ stand in „Diskussion“. Der Vertreter der Heidelberger Akademie, der Professor für deutsche und vergleichende Literaturgeschichte Arthur Henkel, pflichtete dieser Einschätzung bei und gab an, von Anfang an dieser Meinung gewesen zu sein und nicht zuletzt aufgrund des kommerziellen Aspekts eine „Neubearbeitung des Goetheschen Gesamtwerks“ zu präferieren.⁴⁴

Mit dem Fortschreiten der deutsch-deutschen Entspannung unter dem seit Oktober 1969 als Bundeskanzler amtierenden Willy Brandt und der immer absehbarer werdenden internationalen Anerkennung der DDR wurde Wien als Begegnungsstätte zu-

42 Bericht über eine Reise zur Jahresversammlung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften in Wien vom 15.–19. Mai 1968, gezeichnet Prof. Dr. Werner Hartke, Berlin, 22.5.1968, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/327.

43 Ebd.

44 Reisebericht einer Delegation der DAW unter Leitung ihres Präsidenten, Herrn Prof. Dr. Klare, über die Teilnahme an der Feierlichen Sitzung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften vom 23. bis 29. April 1969, gez. Prof. Dr. Hermann Klare, Berlin, 16.6.1969, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/327.

mindest für den deutsch-deutschen Kontext weniger bedeutend. Da sich in Wien jährlich die gleichen Vertreter aus Ost- und Westdeutschland trafen, waren die jeweiligen politischen Positionen bereits hinlänglich bekannt, so dass relativ konfliktfreie Diskussionen möglich waren. Das Auftreten der bundesdeutschen Akademievertreter wurde als „sachlich korrekt“ und „frei von jeglichen Versuchen der Diskriminierung“ bezeichnet. Diese gingen mittlerweile „von der Realität der Existenz der DDR aus“, einzelne von ihnen sollen sich gar für eine völkerrechtliche Anerkennung des zweiten deutschen Staates ausgesprochen haben. In den Vordergrund trat für die DAW nun wieder die Entwicklung der Beziehungen zur ÖAW. Die Erfüllung des laut DAW-Bericht von 1970 auch auf österreichischer Seite vorhandenen Wunsches „nach engen Kontakten und vertraglichen Regelungen“ war erst nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen möglich.⁴⁵ 1971 konnte man stolz vermerken, dass die Vertreter beider deutschen Staaten trotz der Anwesenheit von Mitgliedern der österreichischen Bundesregierung vollkommen gleichrangig und unter Nennung der offiziellen Staatsnamen DDR und BRD begrüßt wurden⁴⁶ – und dies eineinhalb Jahre vor der diplomatischen Anerkennung der DDR durch die Republik Österreich.

45 Reisebericht über die Teilnahme einer Delegation der DAW an der Feierlichen Sitzung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften in Wien in der Zeit vom 25.–31. Mai 1970, gezeichnet AkM Hans Frühauf und Prof. Dr. R. Walther, Berlin, 28.6.1970, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/327.

46 „Die österreichische Bundesregierung war mit drei Ministern vertreten. Die Vertretung der DDR durch eine repräsentative Delegation, auf die in der Begrüßung durch den Präsidenten der ÖAW nachdrücklich und korrekt Bezug genommen wurde (Ich begrüße die Vertreter der wissenschaftlichen Akademien der beiden großen Staaten, der BRD und der DDR – Nennung der Namen der Vertreter), war von außen- und wissenschaftspolitischer Bedeutung [...]“ Bericht über die Teilnahme einer Delegation der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, des Präsidenten der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina Halle sowie des Präsidenten der Sächsischen Akademie der Wissenschaften an der diesjährigen Feierlichen Sitzung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften in Wien vom 23.–30. Mai 1971, gez. Prof. Dr. Hermann Klare, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/327.

Die ÖAW zwischen Ost und West – ein Ausblick in die 1970er-Jahre

Die Aufzeichnungen der DAW-Delegation nach der Feierlichen Sitzung der ÖAW im Jahr 1972, die zu einem Zeitpunkt stattfand als bereits klar war, dass die Regierung Brandt ihre erfolgreiche „neue Ostpolitik“ auch innenpolitisch überleben würde, hielten zur diesbezüglichen Haltung der Vertreter der bundesdeutschen Akademien fest: „In den Gesprächen mit den Präsidenten westdeutscher Akademien wurde deutlich, daß sie nach Kontakten zu unserer Akademie suchen. Sie begrüßen durchwegs die Verträge zwischen der UdSSR und der BRD, zwischen der VR Polen und der BRD und die vertraglichen Vereinbarungen zwischen der BRD und unserer Republik. Sie erwarten davon eine Annäherung der Wissenschaftler und eine unmittelbare Zusammenarbeit.“⁴⁷ Weiters führte der Bericht aus: „Interessant war die Haltung zur CDU/CSU, deren Auftreten gegen die Verträge sie einhellig verurteilten.“⁴⁸ Carl Friedrich von Weizsäcker, der in diesem Jahr den Festvortrag zum Thema „Der Gedanke der Einheit in der Natur“ gehalten hatte, soll in Gesprächen angemerkt haben, dass dem CSU-Vorsitzenden Franz-Josef Strauß seine Opposition gegen die Ostverträge geschadet habe.⁴⁹ Diese Aussagen sind zwar auf Basis der für diesen Beitrag herangezogenen Quellen nicht überprüfbar, tendenziell dürfte der Umgang zwischen ost- und westdeutschen Wissenschaftlern in den 1970er-Jahren aber unkompliziert und entpolitisiert gewesen sein. Bei den Gesprächen in Wien stand jedenfalls die (natürlich sehr beschränkte) Zusammenarbeit im Vordergrund, was natürlich kleinteilige Streitereien über gemein-

47 Bericht über die Teilnahme einer Delegation der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin sowie des Präsidenten der Sächsischen Akademie der Wissenschaften an der diesjährigen Feierlichen Sitzung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften vom 15.–22. Mai 1972, gezeichnet Präsident Prof. Dr. H. Klare, Berlin, Juli 1972, SAPMO-BArch, DY 30/IV B 2/9.04/64. (Akt ohne Paginierung)

48 Ebd.

49 Vgl. ebd.

same Projekte und das daraus resultierende wissenschaftliche Prestige nicht ausschloss.

Einig war man sich über die Blockgrenzen hinweg, als gerüch-teweise von Seiten der Bonner Regierung „die Gründung einer ‚Gesamtdeutschen Akademie‘ in Westberlin ins Auge gefaßt“ wurde, „die die Schirmherrschaft über alle deutschen Akademien übernehmen“ sollte. Dass dies für die DDR, die sich schließlich in ihrer neuen Verfassung vom Oktober 1974 auch hochoffiziell der „deutschen Nation“ entledigte, kein Thema sein konnte, ist klar. Aber auch die westdeutschen Akademiepräsidenten standen nicht zuletzt aus Sorge um ihre Autonomie „einem solchen Vorhaben völlig ablehnend gegenüber“ und glaubten „auch nicht an die Realisierung“ dieser Idee.⁵⁰ Ende der 1980er-Jahre kam es dennoch zur Gründung einer Akademie in West-Berlin, deren Geschichte aufgrund der Veränderungen durch die deutsche Einheit 1990 eine kurze bleiben sollte.⁵¹

Abschließend wird an dieser Stelle noch kurz die Positionierung der ÖAW aus Sicht der DAW thematisiert. Gemeinhin wird bis heute tradiert, dass die ÖAW eine Art „Zwischending“ zwischen westlichem und östlichem Akademiemodell darstelle; also eine Mischung aus reiner Gelehrten-gesellschaft und moderner Forschungsakademie. Im Rahmen der Präsidentenbesprechungen der 1950er- und 1960er-Jahre waren auch stets die „Lage der Akademien“ und deren Positionierung auf der Tagesordnung ge-standen. Auf dem Weg zur Forschungsakademie musste der – wenn auch staatlich gelenkte – dahingehende Ausbau der DAW für die ÖAW anziehend wirken.⁵² Die DAW strich in ihren Berichten immer wieder hervor, dass sie in Österreich durchaus als Vorbild

50 Bericht über die Reise nach Wien vom 13. bis 15. Mai 1974 zur Teilnahme an der feierlichen Sitzung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien, gezeichnet Prof Dr. Dr. h.c. K. Schwabe, Berlin, 24.5.1974, SAPMO-BArch, DY 30/IV B 2/9.04/64.

51 Vgl. hierzu die Beiträge von Klaus Pinkau, Wolfram Fischer, Winfried Schulze und Hubert Laitko, in: Jürgen Kocka (Hg.) 2002.

52 Wöckinger 2010, S. 121–127.

gesehen werde, an dem „sich auch die ÖAW orientieren müsse“.⁵³ Ein Thema, das in den Berichten der 1970er-Jahre kontinuierlich erwähnt wurde. Während die DAW in ihrer Interpretation der Sichtweise der ÖAW den Ruf einer modernen Forschungsakademie hatte, billigte sie den meisten westdeutschen Akademien nur den Rang von „Gelehrtenengesellschaften“ ohne großen Einfluss zu. Als Vorbild der ÖAW in der Bundesrepublik machte sie vielmehr die Max-Planck-Gesellschaft aus.⁵⁴ Auch wenn die Berichte der DAW keinesfalls ein rosiges Bild des Wissenschaftsstandortes Österreich zeichnen, so wurde die 1970 durch die erste Regierung von Bruno Kreisky (SPÖ) erfolgte Etablierung eines Wissenschaftsministeriums positiv gewertet.⁵⁵

Die Frage nach möglichen Transfers sollte bei der Aufarbeitung der Geschichte der ÖAW im Kalten Krieg jedenfalls auch für

53 Bericht über die Teilnahme einer Delegation der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, des Präsidenten der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina Halle sowie des Präsidenten der Sächsischen Akademie der Wissenschaften an der diesjährigen Feierlichen Sitzung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften in Wien vom 23.–30. Mai 1971, gez. Prof. Dr. Hermann Klare, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/327.

54 Stellvertretend hierfür im Vergleich zu den Akademien der Bundesrepublik Deutschland: „Was die Haltung der führenden Vertreter der ÖAW und der AdW der DDR betrifft, so ist sie davon bestimmt, daß unsere Akademie als Modell einer modernen Forschungsakademie auch in imperialistischen Ländern gilt, während die westdeutschen Akademien als im wesentlichen einflußarme Gelehrtenengesellschaften angesehen werden. Eine Ausnahme dabei macht die Düsseldorfer Akademie, die auf technologischem Gebiet eine stärkere Rolle spielt, und die Bayrische Akademie, die offensichtlich vor allem reaktionären politischen Einfluß in Bayern selbst hat.

Auf dem Gebiet der Bundesrepublik gilt das besondere Interesse der Österreichischen Akademie insbesondere der Max-Planck-Gesellschaft, deren Aufbau, Organisation und Leitung für die ÖAW ebenfalls einen gewissen Modellcharakter hat.“ Bericht über die Teilnahme einer Delegation der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin sowie des Präsidenten der Sächsischen Akademie der Wissenschaften an der diesjährigen Feierlichen Sitzung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften vom 15.–22. Mai 1972, gezeichnet Präsident Prof. Dr. Hermann Klare, Berlin, Juli 1972, SAMPO-BArch, DY 30/IV B 2/9.04/64.

55 Bericht über das Symposium „Die Zukunft von Wissenschaft und Technik in Österreich“ anlässlich des Österreichischen Nationalfeiertages 26.–28. Oktober 1972 in Wien, gezeichnet Samuel Rapoport [o. O., o. D.], SAMPO-BArch, DY 30/IV B 2/9.04/64.

die Entwicklungen der 1960er- und 1970er-Jahre im Auge behalten werden. Ganz generell stellt sich aber die Frage nach der Positionierung der ÖAW sowohl in der Eigen- als auch der Fremdwahrnehmung. Zur Stellung der ÖAW zwischen Ost und West hielt der DAW-Bericht des Jahres 1971 fest, dass die ÖAW unter ihrem Präsidenten, dem klassischen Philologen Albin Lesky, von 1969 bis 1970 eine Politik in Richtung Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und Anlehnung an die Bundesrepublik betrieben habe.⁵⁶ Dem gegenüber wurde festgehalten, dass der 1970 erneut zum ÖAW-Präsidenten gewählte Physiker Erich Schmid (wie bereits in seiner ersten Präsidentschaft) „auf die UdSSR und auch die Zusammenarbeit mit der DDR orientiert“ sei. Schmid hatte sich persönlich für den Vertrag zwischen der österreichischen und der sowjetischen Akademie stark gemacht. Des Weiteren hielt man fest: „Die Haltung des jetzigen Präsidenten zur DAW und damit auch zur DDR wird dadurch charakterisiert, daß er einer Einladung [zu] einer Sitzung der Max-Planck-Gesellschaft, die zeitgleich mit dem Leibniz-Tag der DAW stattfindet, nicht Folge geleistet [hat], sondern an der Veranstaltung der DAW zum Leibniz-Tag teilnimmt.“⁵⁷

1972 betonte Schmid in seiner Ansprache im Rahmen der Feierlichen Sitzung, dass die ÖAW wie das sie beheimatende neutrale Österreich „eine positive Rolle in der Annäherung von Ost und West zu spielen habe“. Die „Mittlerrolle“ der ÖAW zwischen Ost und West wurde seitens der DAW sowohl als selbst gewählt aber auch als ihr „zugewiesen“ bezeichnet. Jedenfalls war sie seit den 1960er-Jahren

56 Zudem war Lesky in einem früheren Bericht „als österreichischer Nationalist und Aktivist in der Südtirolfrage“ bezeichnet worden. Reisebericht einer Delegation der DAW unter Leitung ihres Präsidenten, Herrn Prof. Dr. Klare, über die Teilnahme an der Feierlichen Sitzung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften vom 23. bis 29. April 1969, gez. Prof. Dr. Hermann Klare, Berlin, 16.6.1969, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/327.

57 Bericht über die Teilnahme einer Delegation der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, des Präsidenten der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina Halle sowie des Präsidenten der Sächsischen Akademie der Wissenschaften an der diesjährigen Feierlichen Sitzung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften in Wien vom 23.–30. Mai 1971, gezeichnet Prof. Dr. Hermann Klare, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.04/327.

zur Politik der ÖAW geworden und manifestierte sich in einer Ausweitung der Vertragsbeziehungen zu den Akademien der sozialistischen Staaten. Nach Abkommen mit der Sowjetunion und Polen waren nun Ungarn und Bulgarien an der Reihe. Die im Rahmen ihres Anerkennungsstrebens ebenfalls nach vertraglich geregelten Beziehungen lechzende DDR musste in Ermangelung diplomatischer Beziehungen zu Österreich noch warten.⁵⁸ Nach erfolgter Anerkennung Ende 1972 war der Weg für ein Akademieabkommen aber dennoch nicht frei. Nun wurde dieses seitens der ostdeutschen Außenpolitik an entsprechende zuvor abzuschließende zwischenstaatliche Abkommen gekoppelt.⁵⁹ Österreich nahm bei der Entwicklung der bilateralen Vertragsbeziehungen der DDR mit dem Westen eine Vorreiterrolle ein. Was in den Verhandlungen mit Österreich erreicht werden konnte, diente zumeist als Muster für die Verträge mit anderen westlichen Staaten. Einen wahren Paukenschlag stellte der 1975 – sehr zum Missfallen der Bundesrepublik – abgeschlossene Konsularvertrag dar, der explizit die DDR-Staatsbürgerschaft anerkannte.⁶⁰ Das Akademieabkommen zwischen der ÖAW und der seit 1972 unter dem Namen Akademie der

58 Bericht über die Teilnahme einer Delegation der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin sowie des Präsidenten der Sächsischen Akademie der Wissenschaften an der diesjährigen Feierlichen Sitzung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften vom 15.–22. Mai 1972, gezeichnet Präsident Prof. Dr. H. Klare, Berlin, Juli 1972, SAPMO-BArch, DY 30/IV B 2/9.04/64.

59 „In einer Vorbesprechung hatte ich den Botschafter darauf hingewiesen, daß ich in meiner Reisedirektive vom Herrn Präsidenten Klare angewiesen wurde, keinerlei Initiativen bezüglich einer Zusammenarbeit der beiden Akademien unserer Länder zu ergreifen und Angebote von seiten der Österreichischen Akademie nur zur Kenntnis zu nehmen und zur Prüfung an den Präsidenten der AdW weiterleiten solle. Der Botschafter erklärte, daß er von sich aus auch keine Angebote für die Zusammenarbeit in konkreter Form beabsichtige.“ Bericht über die Reise nach Wien vom 13. bis 15. Mai 1974 zur Teilnahme an der feierlichen Sitzung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien, gezeichnet Prof. Dr. Dr. h.c. K. Schwabe, Berlin, 24.5.1974, SAPMO-BArch, DY 30/IV B 2/9.04/64.

60 Hierzu ausführlich: Graf 2016, S. 346–369; vgl. auch: Enrico Seewald, Die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der DDR und Österreich, in: Jochen Staadt (Hg.), Schwierige Dreierbeziehung. Österreich und die beiden deutschen Staaten (Studien des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin), Frankfurt am Main 2013, S. 81–135, hier S. 100–117.

Wissenschaften der DDR firmierenden ostdeutschen Akademie konnte nach langen Verhandlungen und dem vorhergehenden Abschluss von staatlichen Abkommen über die Zusammenarbeit in den Bereichen Wissenschaft und Technik⁶¹ sowie im Feld der Kultur 1978⁶² erst im Jahr 1979 unterzeichnet werden.⁶³ Der Unterzeichnung gingen nicht ganz einfache Verhandlungen voraus, in denen es der DAW-Delegation schließlich gelang, eine Bezugnahme auf die KSZE-Schlussakte in die Vereinbarung aufzunehmen.⁶⁴ Mit den Akademien der Bundesrepublik und auch mit jenen im geeinten Deutschland wurde niemals ein solches Abkommen unterzeichnet. Inwieweit das Abkommen den Wissenschaftsaustausch zwischen Österreich und der DDR im Rahmen der Akademien lediglich formalisierte oder aber befruchtete und intensivierte, sollte jedenfalls Gegenstand künftiger Forschungen sein. Wie für alle in diesem Beitrag aufgeworfenen Fragen gilt es zu ihrer Beantwortung die Archive der jeweils beteiligten Akademien zu konsultieren, was für diesen Beitrag, der einen ersten Aufriss darstellt, eben noch nicht möglich war.

61 Abkommen der Österreichischen Bundesregierung und der Deutschen Demokratischen Republik über die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Kultur und Wissenschaft, BGBl. 215/1978, S. 1289f.

62 Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, BGBl. 237/1979, S. 1196–1197. Das Kulturabkommen zwischen Österreich und der DDR wurde am 31. März 1978 während des Besuchs von Bruno Kreisky in Ost-Berlin, der bis 2. April 1978 dauerte, unterzeichnet. Vgl. Archiv der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (AÖAW). Auslandsbeziehungen. Zum Besuch Kreiskys in der DDR vgl. Friedrich Bauer/Enrico Seewald, Bruno Kreisky in Ost-Berlin. Ein Besuch der besonderen Art, Innsbruck/Wien/Bozen 2011.

63 Bericht über die Ergebnisse der Reise einer Delegation der Akademie der Wissenschaften der DDR nach Wien/Österreich, gezeichnet Präsident Prof. Dr. Dr. h.c. H. Klare, Berlin, 2.7.1979, SAPMO-BArch, DY 30/IV B 2/9.04/64.

64 Bericht über den Verlauf und Ergebnisse der Verhandlungen der AdW-Delegation mit der Delegation der Österreichischen Akademie der Wissenschaften zur Vorbereitung des Abschlusses einer Vereinbarung über Wissenschaftler austausch der Akademie der Wissenschaften der DDR und der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, gezeichnet Prof. Dr. habil. D. Bichtler (Delegationsleiter), Berlin, 27.4.1979, SAPMO-BArch, DY 30/IV B 2/9.04/64.